

In der Klemme

CDU/CSU und SPD in Not

Wenn man verhandeln will, dann muss es auch die Möglichkeit geben festzustellen, dass man für eine Streitfrage keine Lösung findet. Es sollte die Möglichkeit geben zu sagen, dass die Verhandlungen gescheitert sind. Aber haben diese Freiheit die zukünftigen Koalitionäre in Deutschland?

Der Kanzlerkandidat hat schon angekündigt, dass bei einem Scheitern seine politische Karriere zu Ende sein werde. War das als Drohung gemeint, oder schlichte Selbsterkenntnis?

Christliche und Soziale sind zudem unter Druck, denn bei einem Scheitern drohen Neuwahlen und die könnten zu Gunsten der rechten Staatsfeinde ausgehen. Daher fühlen sich die Beiden verpflichtet zu einer Einigung zu kommen, die zu einer stabilen Regierung führen soll. Aber ob das gelingt, gelingen kann? So eine "Zwangsehe" ist eher nicht stabil, sondern neigt zu Krisen. Besser wäre es einen "Plan B" zu haben, und sich frei entscheiden zu können.

Hinzu kommt, dass Beide Überzeugungen aufgeben müssten, für die sie im Wahlkampf geworben haben, was sie bei ihren Anhängern unglaubwürdig machen könnte. Das würde bei Neuwahlen auf ein noch schlechteres Wahlergebnis hin deuten, was den Rechten aber als Beweis gälte, dass es die Etablierten nicht können. Deshalb solle man doch lieber gleich die Rechten wählen. Dass es ihnen um die Macht und um die Abschaffung der Demokratie geht und nicht um das Wohl des Landes, wird verschwiegen.

Zudem lassen sich die Parteien der Koalition von den Rechten treiben und machen beim zugegeben schwierigen Thema "Aufnahme von Flüchtlingen" keine gute Figur. Die Rechten dagegen werden mit jedem Kompromiss unzufrieden sein, weil sie ja am Liebsten alle Fremden los werden wollen (Wer macht dann die Arbeit und zahlt in die Rentenkassen ein?). Dabei ist das Thema - verglichen mit anderen Schwierigkeiten - völlig überbewertet, eben, weil es die Rechten so benutzen können, um Druck aufzubauen.

Lassen sich die christlichen und sozialen Politiker von diesen äußeren Bedingungen in eine Art "Zwangsehe" treiben (aus staatspolitischer Verantwortung), ist nicht sicher, wie lange die hält. Bricht sie, wie die vorige Regierung, werden das die Rechten genüsslich als Beweis werten, dass die alten Parteien es eben nicht können (und man daher die neue Rechte wählen sollte).

Man muss daher die Frage stellen, ob der Zeitpunkt eines möglichen Scheiterns für das Wohl des Landes entscheidend sein könnte. Wäre es besser jetzt, oder später Neuwahlen zu bekommen

und welche Auswirkungen hätte das. Welche Variante nützt, oder schadet den Rechten mehr, welche ist für das Land besser?

Es ist schlimm genug, dass Deutschland in schwierigen Zeiten ohne Führung da steht und seine Rolle in der EU nicht ausfüllen kann, weil die Christlichen sich auf das Feindbild (Grüne) fest gelegt haben, was kein Ausweis von Klugheit oder politischer Reife ist. Was man verstehen kann ist, dass die Konservativen vor einer Dreier-Koalition zurück schrecken, nachdem grade eine gescheitert ist. Natürlich hätte diese noch mehr Kompromisse erfordert, aber sie wäre ein größeres Gegengewicht zu den vielen Rechten im neuen Bundestag gewesen. Vielleicht hätte man sie auch als eine "Koalition der nationalen Einheit" verkaufen können, die in der Stunde der Not Handlungsfähigkeit zeigen soll. Sie hätte immerhin eine stärkere Mehrheit gehabt, als die jetzt geplante Koalition. Das hätte es den Rechten schwerer gemacht irgend etwas im Parlament in ihrem Sinne zu bewegen. Und eine Fraktion, die nichts bewegt, ist für ihre Wähler weniger attraktiv.

Andererseits würde eine Dreier-Koalition dazu führen, dass die demokratische Opposition im Parlament allein von den Linken ausgegangen wäre, was die überfordern dürfte. Aber wenn 20% gar nicht am Wohl des Landes interessiert sind, sondern nur an der Macht und an der Abschaffung der Demokratie, dann fehlen diese als Korrektiv für die Regierung.

Wenn man dann noch bedenkt, dass ein Teil der Rechten von Moskau als "nützliche Idioten" für russische Zwecke instrumentalisiert wird, dann wird klar, dass ein erheblicher Teil des Parlamentes gar nicht zu konstruktiver Mitarbeit bereit ist, was bereits eine Schwächung der Demokratie zur Folge hat. Von der politischen Spaltung in Ost und West einmal ganz abgesehen. Die kommt in diesen Zeiten nur ihren Feinden gelegen.

Selbstverständlich wünschen sich die meisten Menschen Frieden und würden gerne mit allen Nachbarn friedlich zusammen leben. Aber schon Goethe erkannte: "Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt." Und Russland hat die Krim besetzt und die Ukraine angegriffen. Zudem hat es gelogen und Verträge gebrochen. Außerdem versucht es durch falsche Informationen und Sabotage in Deutschland die Unsicherheit zu vergrößern. Wie soll man mit so einem Land vertrauensvoll zusammen arbeiten? Es ist paradox, dass die Rechten offenbar auf dem linken Auge blind sein wollen.

All das führt dazu, dass nicht nur die Christlichen und Sozialen in einer Klemme sitzen, sondern auch das ganze Land, weil es in schwierigen Zeiten keine Regierung zustande bringt, die beim größten Teil der Bevölkerung Vertrauen genießt.